

22

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und überörtlichen Erziehungsbehörden

Grundsätze über die Unterbringung von Kindern in Mutter-Kind-Abteilungen in Justizvollzugsanstalten

— beschlossen von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und überörtlichen Erziehungsbehörden in ihrer 60. Arbeitstagung vom 16.4. — 18.4.1986 in Wiesbaden —

Ausgehend von den Inhalten anthropologischer Wissenschaften, insbesondere der Deprivationsforschung, hat der Gesetzgeber in § 80 StVollzG die Möglichkeit geschaffen, noch nicht schulpflichtige Kinder mit der Mutter in der Vollzugsanstalt unterzubringen, wenn dies dem Wohl der betroffenen Kinder entspricht.

Die Deprivationsforschung weist nach, daß die Trennung eines Kindes in den ersten Lebensjahren von seiner Bezugsperson zu erheblichen Schädigungen in der Persönlichkeitsentwicklung führt. In der Regel ist diese Bezugsperson die Mutter.

Darüber hinaus wollte hier der Gesetzgeber durch Aufbau, Aufrechterhaltung und Pflege einer stabilen Mutter-Kind-Beziehung die Bedingungen für die Resozialisierung von inhaftierten Müttern verbessern.

Durch § 142 StVollzG wird die Justizverwaltung aufgefordert, in Strafvollzugsanstalten für Frauen geeignete Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Aus der ISS-Publikation „Zur Lebenssituation von Müttern und Kindern in Gefängnissen“ vom Dezember 1984 ist zu entnehmen:

„Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes (Frühjahr 1984) gibt es in der Bundesrepublik in 6 Haftanstalten Mutter-Kind-Einrichtungen. Außer einer Einrichtung, die sich als eigenständiges Gebäude innerhalb der Mauern der Gesamtanstalt befindet, handelt es sich bei den übrigen um Unterabteilungen innerhalb eines Gebäudes des Regelvollzuges. Darüber hinaus befindet sich eine größere Mutter-Kind-Einrichtung mit 20 Plätzen in der Planung, bei einer weiteren, bereits bestehenden Einrichtung ist eine Vergrößerung um 8 Plätze geplant.

Von ihrer Konzeption her könnten die derzeitigen Mutter-Kind-Einrichtungen 60 Mütter und 73 Kinder aufnehmen. Nimmt man die geplanten Unterbringungen dazu, so erhöhte sich deren Zahl um weitere 28 Plätze.“

— 2 —

1. Beschreibung der Einrichtungen und Forderungen an die Einrichtung

Die gemeinsame Unterbringung von Mutter und Kind in der Vollzugsanstalt birgt neben den genannten Chancen die Gefahr, daß das Kind nicht Subjekt des eigenen Erziehungs- und Förderungsanspruchs im Sinne des § 1 JWG ist, sondern mittelbar und unmittelbar zum Objekt des Vollzugs wird. Es ist sowohl von den besonderen Bedingungen der Haft, die die Persönlichkeit der Mutter negativ beeinflussen können, als auch von den typischen Merkmalen einer geschlossenen Einrichtung, in der Sicherheits- und Ordnungsgedanken im Vordergrund stehen, abhängig.

Die Lebenssituation von Kindern in Mutter-Kind-Abteilungen stellt sich wie folgt dar:

1.1 Räumlichkeiten

Den vorliegenden Unterlagen ist zu entnehmen, daß die räumliche Gestaltung und Möblierung nicht vorrangig unter dem Aspekt von wohnlicher Atmosphäre ausgewählt wurde. Ob Mutter und Kind nachts im gleichen Raum schlafen, ist sehr unterschiedlich geregelt. Einige Anstalten ermöglichen das gemeinsame Schlafen, andere stellen es der Mutter frei zu entscheiden, in wieder anderen können wegen beengter Raumverhältnisse nur stillende Mütter ihre Kinder nachts bei sich behalten, die übrigen Kinder schlafen gemeinsam in einem Raum.

Meist werden die Kinder mit ihrer Mutter nachts gemeinsam in der Zelle oder in getrennten Räumen eingeschlossen. Es gibt aber auch Einrichtungen, in denen nur die jeweilige Mutter-Kind-Station abgeschlossen wird, innerhalb der Station jedoch freie Bewegungsmöglichkeit besteht.

1.2 Probleme des gemeinsamen Lebens

Die geschlossene Einrichtung grenzt die Bewegungsfreiheit und Spontaneität des Kindes ein, die Lebenswirklichkeit kann nur ausschnitthaft erlebt werden, die Mutter kann im praktischen Alltag kaum selbständig und spontan handeln, sie selbst und somit auch das Kind erleben ein System der Totalversorgung. Je älter das Kind ist und je mehr es seine Umwelt erfahren will, desto bewußter wird von dem Kind die Sondersituation erlebt.

Eine besondere Bedeutung kommt dem „Schlüsselerlebnis“ zu: Das Kind erfährt Eingeschlossenheit und ständige Kontrolle der Mutter, bei älteren Kindern und auch bei sich selbst beim Betreten und Verlassen der Anstalt. Auch Mitarbeiter müssen in abgeschlossenen Räumlichkeiten arbeiten. Dieses kann von ihnen als Belastung empfunden werden. Ängste und Belastungen von Mutter und Mitarbeitern können sich auf das Kind übertragen. Der enge Lebensraum und die Haftsituation bewirken, daß das Kind erlebt, wie intensiv und ständig die Mutter beobachtet und hierdurch direkt oder indirekt gelenkt wird.

Tagsüber, während der Arbeitszeit der Mütter, werden die Kinder durch Mitarbeiter der Vollzugsanstalt betreut oder sie besuchen eine benachbarte Tageseinrichtung für Kinder. An den Wochenenden sind die Mütter mit ihren Kindern in der Regel allein, da dann nur Vollzugspersonal und keine pädagogischen Mitarbeiter anwesend sind. Diese Zeit, so wird in Berichten ausgesagt, wird von den Frauen als besonders belastend erlebt.

Besuche für Kinder in der Einrichtung und unmittelbare Kontakte zur Nachbarschaft sind derzeit so gut wie ausgeschlossen.

Der eigene Hilfebedarf der Mutter während der Zeit des Strafvollzugs sollte nicht unterschätzt werden.

Unterschiedlicher sozialer Status, die Zugehörigkeit zu verschiedenen Nationalitäten, nicht vergleichbare persönliche Erfahrungen und Delikte, die innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Gruppen unterschiedlich bewertet werden, führen in der Zwangsgemeinschaft zu gruppenspezifischen Prozessen, die auch die Erziehungsfähigkeit der Mutter beeinflussen.

1.3 Personal

Das Kind in der Vollzugsanstalt erlebt neben den Beziehungen zur Mutter auch solche zum sozialpädagogischen Fach- und Vollzugspersonal.

Selbst wenn pädagogisches Personal eingesetzt wird, dominiert zahlenmäßig das Vollzugspersonal. Das führt unter Umständen nicht nur durch häufigen Wechsel der Bezugspersonen, sondern auch durch unterschiedliche Erziehungsauffassungen und unterschiedliche Kompetenzen der Mitarbeiter zu Belastungen und Konflikten des Kindes.

Als Besonderheit ist in diesem Zusammenhang noch zu bemerken, daß die Kinder während der gesamten Aufenthaltsdauer in aller Regel innerhalb der Vollzugsanstalt Kontakte nur zu Frauen haben.

2. Forderungen an die Einrichtung

Die sachliche, materielle und personelle Ausstattung wie auch der organisatorische Ablauf des Mutter-Kind-Bereiches muß folgenden Zielsetzungen Rechnung tragen:

- Aufbau, Aufrechterhaltung und Stabilisierung der Mutter-Kind-Beziehung;
- Erziehung und Förderung des Kindes mit dem Ziel, eine altersentsprechende Entwicklung zu gewährleisten, d.h. einerseits, das erzieherische Angebot dem jeweiligen Entwicklungsstand anzupassen und für Entwicklungsanreize zu sorgen und andererseits, Anleitung und Beeinflussung des mütterlichen Erziehungsverhaltens;
- wohnliche Gestaltung des Mutter-Kind-Bereiches, um Auswirkungen des Strafvollzugs auf die Kinder so gering wie möglich zu halten.

2.1 Räumliche Bedingungen

- Mutter und Kind bewohnen gemeinsam mindestens einen Raum, der von außen nicht abgeschlossen werden darf. Er soll mindestens 16 m² umfassen. Diesem Raum ist eine Naßzelle zuzuordnen. Der Raum sollte baulich so gegliedert sein, daß die Möglichkeit besteht, dem Kind eine Spiel- und Schlafcke einzurichten.
- Sanitärräume für die Kinder müssen so gestaltet sein, daß für je 4 Kinder eine Bade- oder Duschgelegenheit und für je 3 Kinder ein Wickeltisch und eine fest installierte Säuglingsbadewanne vorhanden ist.
- Aufenthaltsräume, Frei- und Spielflächen sowie Sanitärräume müssen für Mutter und Kind jederzeit betretbar sein.
- Für je 8 Mütter mit Kindern soll ein Aufenthaltsraum vorhanden sein.
- Krabbel- oder Spielzimmer sollen mindestens 6 m² pro Kind aufweisen.
- Die Einrichtung soll über einen Besucherraum einschließlich einer Spielecke für Kinder verfügen.
- Zum Schutze der Kinder sind ausreichende Sicherungsmaßnahmen in der Mutter-Kind-Einrichtung und auf dem dazugehörigen Gelände zu treffen.
- Eine Küche zur Zubereitung der Kindernahrung sowie ausreichende, für die Mutter zugängliche Vorratsmöglichkeiten müssen vorhanden sein.
- Im übrigen wird auf die jeweiligen Heimrichtlinien der Länder verwiesen.

2.2 Sachliche Voraussetzungen

- Die Ausstattung der Spiel- und Aufenthaltsräume muß den altersspezifischen Bedürfnissen entsprechen. Das Mobiliar soll dem kindlichen Gestaltungs- und Veränderungswunsch entgegenkommen.
- Krabbel- und Spielzimmer müssen über leicht zu reinigende Teppiche oder über Spielteppiche/Spielmatten verfügen.
- Es muß ausreichend altersentsprechendes Spiel- und Beschäftigungsmaterial vorhanden sein, das regelmäßig ergänzt wird. Jedes Kind soll über eigenes Spielzeug und über eigene Kleidung verfügen.
- In gemeinsamen Aufenthaltsräumen für Mutter und Kind sind die Bedürfnisse der Kinder mit zu berücksichtigen.

2.3 Personelle Voraussetzungen

- Die Anzahl und Qualifikation des Personals in der Mutter-Kind-Einrichtung ist von der jeweiligen Konzeption abhängig. Verschiedene Faktoren, wie Anzahl und Alter der Kinder, Betreuung während des Tages im Heim oder in einer Kindertagesstätte, Einbeziehung der Mütter in die Versorgung der Kinder, verschiedene Vollzugsstufen usw. lassen eine einheitliche Aussage über die Personalausstattung nur schwer zu. Es darf nicht auf sozialpädagogisches Fachpersonal verzichtet werden.
- Als Richtwert für die Personalbemessung gilt, daß eine Gruppe je nach Alter und Altersmischung aus 4 – 10 Kindern besteht und von 2 geeigneten Fachkräften betreut wird;
- Geeignete Fachkräfte sind:
 - staatlich anerkannte Erzieher
 - Sozialpädagogen/Sozialarbeiter
 - Diplompädagogen mit sozialpädagogischen Ausbildungsschwerpunkten
 - sonstige Fachkräfte mit gleichwertiger Ausbildung
- Um die fachgerechte Pflege von Säuglingen zu sichern, muß mindestens eine dieser Fachkräfte in Säuglingspflege und Säuglingsernährung ausgebildet oder weitergebildet sein.
- Die Leitung des Mutter-Kind-Bereiches muß eine sozialpädagogische Qualifikation nachweisen können und vom Gruppendienst freigestellt sein.
- Pädagogisches Personal sollte nicht mit Aufsichtsfunktionen des Strafvollzugs betraut werden.
- Die Dienstplangestaltung muß den Erfordernissen der besonderen Situation gerecht werden. So sind u.a. zu gewährleisten:
 - Betreuung während der Abwesenheit der Mutter;
 - Begleitung bei Fahrten zu Ärzten/Fachärzten, Verwandten, Kindergärten oder Tagesstätten, bei Einkäufen und allen dringend gebotenen Kontakten und Freizeitgestaltungen außerhalb der Justizvollzugsanstalt;
 - Der Dienstplan muß auch Zeiten von gezielter Beschäftigung von Mutter und Kind einschließen.
- Die fachliche Beratung aller Mitarbeiter des Mutter-Kind-Bereiches einschließlich der Vollzugsbediensteten muß gesichert sein.

3. Aufnahme des Kindes im Einzelfall

3.1 Voraussetzungen zur Aufnahme

Die Unterbringung eines Kindes mit seiner Mutter in einer Mutter-Kind-Einrichtung einer Justizvollzugsanstalt für Frauen ist nur dann vertretbar, wenn dies dem Kindeswohl entspricht.

Die Sozialisationsbedingungen für Kinder von Strafgefangenen werden durch die persönliche Situation der Mutter und durch die besondere Lebenssituation in einer Justizvollzugsanstalt eingeschränkt:

- Die Mutter muß persönlich in der Lage sein, das Kind während des Gefängnisaufenthaltes und nach der Entlassung aus der Haft zu betreuen.
- Die Mutter muß sich in die Einrichtung eingliedern und mit den anderen Müttern und deren Kindern zusammenleben können.
- Die Entlassung von Mutter und Kind sollte gemeinsam erfolgen können, d.h. die Haftdauer der Mutter darf letztlich nicht doch eine Trennung von Mutter und Kind erforderlich machen.
- Die Aufnahme von Kindern, die krank oder behindert sind und einer speziellen Versorgung bedürfen, kommt nur in Betracht, wenn die Mutter-Kind-Einrichtung die spezielle Hilfe gewähren kann.
- Wegen der eingeschränkten Kontakte und Erlebnismöglichkeiten sowie der beschränkten Bewegungsfreiheit sollte die Dauer des Aufenthaltes eines Kindes grundsätzlich nicht länger als 3 Jahre sein.
- Nicht aufgenommen werden kann eine Mutter, deren Gesundheitszustand befürchten läßt, daß sie nicht in der Lage ist und sein wird, für ihr Kind zu sorgen.
- Die Mutter darf nicht drogenabhängig sein.

Kinder, die während der Inhaftierung der Mutter in der Restfamilie mit Vater, Geschwistern und möglicherweise Großeltern oder anderen Angehörigen leben können, sollten nur dann in die Mutter-Kind-Einrichtungen in Justizvollzugsanstalten für Frauen aufgenommen werden, wenn sich die Trennung von der Mutter nachhaltig belastend für die Entwicklung des Kindes auswirken würde.

Kinder, die vor der Inhaftierung der Mutter nicht mit dieser zusammengelebt haben und auch nach Entlassung der Mutter nicht mit dieser zusammenleben können, sollten nicht in Mutter-Kind-Einrichtungen in Justizvollzugsanstalten für Frauen aufgenommen werden. Das gilt auch für Kinder, die bereits tragfähige Beziehungen zu anderen Personen in einer Pflegefamilie oder einem Heim haben.

Da die Aufnahme von Kindern einen Verlust an Lebensraum bedingt, sollten Kinder in der Regel nicht wesentlich über das vollendete 3. Lebensjahr hinaus im „Strafvollzug“ leben müssen.

3.2 Aufnahmeverfahren

Die Unterbringung des Kindes mit seiner Mutter in der Vollzugsanstalt erfordert eine Hilfe zur Erziehung im Sinne der §§ 5 und 6 JWG. Die gemeinsame Unterbringung von Mutter und Kind in einer Justizvollzugsanstalt nach § 80 StVollzG ist mit der Aufnahme von Eltern mit Kindern in sonstigen Einrichtungen nicht vergleichbar. Anders als die Eltern in jenen Einrichtungen, kann die Mutter in der Justizvollzugsanstalt den Anspruch des Kindes auf Erziehung nicht voll erfüllen. Die Mutter ist hier in der Wahrnehmung der elterlichen Sorge wesentlich eingeschränkt, insbesondere dadurch, daß das Leben in der Justizvollzugsanstalt entscheidend geprägt wird vom Sicherheitsgedanken, der Sicherheitsstufe der Anstalt insgesamt und der individuellen Vollzugsstufe der Mutter. Unter den Bedingungen der Justizvollzugsanstalt sind für das Kind ergänzende und zum Teil die elterliche Erziehung ersetzende Hilfen notwendig.

Der Antrag auf Unterbringung eines Kindes in der Vollzugsanstalt, in der sich seine Mutter befindet, hat nach dem Gesagten rechtlich in zweifacher Hinsicht Bedeutung:

Er richtet sich

- an die Strafvollzugsanstalt, die unter den für die Belange des Strafvollzugs maßgeblichen Gesichtspunkten zu prüfen hat, ob sie von der Ermächtigung des § 80 StVollzG Gebrauch machen kann;
- an das gemäß § 11 JWG für das Kind zuständige Jugendamt, das am Wohl des Kindes orientiert zu prüfen hat, ob überhaupt erzieherische Hilfen gemäß §§ 5 und 6 JWG geboten sind, und wenn ja, ob die Unterbringung bei der Mutter in der Anstalt dem Wohl des Kindes entspricht.

Das zuständige Jugendamt hat zunächst zu prüfen, ob der Anspruch des Kindes auf Erziehung in der Zeit der Inhaftierung der Mutter nicht bereits von anderen Familienangehörigen voll erfüllt wird. Ist das der Fall, so ist für Hilfen zur Erziehung und damit auch für eine Unterbringung bei der inhaftierten Mutter kein Raum. Wird der Anspruch des Kindes auf Erziehung nicht von anderen Familienangehörigen erfüllt, ist auf der Basis einer psychosozialen Diagnose vom Jugendamt zu klären, welcher Hilfen das Kind zur Sicherung seiner *gedeihlichen* Entwicklung bedarf. Die Unterbringung bei der Mutter in der Justizvollzugsanstalt kann nur in Betracht kommen, wenn diese Maßnahme zum Wohl des Kindes geboten ist.

Stimmt das Jugendamt gemäß § 80 Abs. 1 StVollzG der Unterbringung des Kindes in der Justizvollzugsanstalt bei seiner Mutter zu, so ist damit geklärt, daß die Unterbringung dem Wohl des Kindes entspricht. Die Justizvollzugsanstalt allein ist fachlich nicht kompetent, eine solche Entscheidung zu treffen, und es spricht nichts dafür, daß der Gesetzgeber bei der Formulierung des § 80 StVollzG in die Kompetenzen der Jugendbehörden eingreifen wollte; dann hätte es auch einer formellen Änderung des JWG bedurft. Das Jugendamt hat die Entwicklung des Kindes weiter zu begleiten und gegebenenfalls eine Änderung herbeizuführen, wenn das Wohl des Kindes es erfordert. Dies bedingt eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt und der Justizvollzugsanstalt.

Erfordert das Wohl des Kindes eine andere Hilfe als die Unterbringung bei der Mutter in der Justizvollzugsanstalt, und äußert sich das Jugendamt im Rahmen seiner Anhörung ablehnend, so sind Maßnahmen gemäß § 1666 BGB vom Jugendamt einzuleiten, falls die Sorgeberechtigten, vor allem also die Mutter, auf der Unterbringung bestehen. Die Justizvollzugsanstalt wäre nach dem Wortlaut des § 80 StVollzG zwar in der Lage, das Kind mit Zustimmung der Sorgeberechtigten auch gegen das Votum des Jugendamtes aufzunehmen. Da der Gesetzgeber jedoch nicht die Absicht hatte, in die Kompetenzen der Jugendbehörde einzugreifen, ist § 80 StVollzG einengend dahin auszulegen, daß die Justizvollzugsanstalt keine eigenständige Entscheidung darüber treffen kann, ob die Unterbringung dem Wohl des Kindes entspricht.

4. Heimaufsicht

Die Mutter-Kind-Einrichtung in der Justizvollzugsanstalt dient einerseits der Untersuchungshaft und dem Strafvollzug für Frauen und andererseits der Betreuung und Unterbringung von Kindern dieser Frauen. Die Mütter sind in der Ausübung ihrer elterlichen Sorge erheblich behindert, so daß der Betreuung der Kinder durch Mitarbeiter der Mutter-Kind-Einrichtung ein besonderer Stellenwert zukommt. Die Mutter-Kind-Einrichtung ist eine gemischt belegte Einrichtung als Teilbereich der Justizvollzugsanstalt. Deshalb kann auch nicht eindeutig von einem Haupt- und Nebenzweck ausgegangen werden. Hauptzweck ist einerseits die Durchführung von Untersuchungshaft oder Strafvollzug und andererseits die Unterbringung und Betreuung von Kindern.

Insoweit als Kinder aufgenommen und betreut werden, unterliegt dieser Teilbereich der Heimaufsicht des Landesjugendamtes nach §§ 78, 79 JWG.